Das jungliberale Magazin für Baden-Württemberg | Ausgabe 04/2019

Juliette

Finanzpolitik

IST DEUTSCHLAND AUF DEM RICHTIGEN WEG?

THINKING
FUTURE

THINKING

THINKING
FUTURE
FORT
SCHRITT
MACHER

Liebe JuLis, liebe Leserinnen und Leser,

Finanzpolitik ist kein einfaches Thema. Im Wirrwarr zwischen Steuergesetzen, Bankenregulierung, Zinspolitik und Altersvorsorge verliert man schnell die Übersicht. Es ist kein Wunder, dass um die Finanzmärkte eine so große und „systemrelevante“ Branche gewachsen ist. Ohne Expertenwissen kommt man hier nicht weit.

Genau aus diesem Grund freue ich mich auch in dieser Ausgabe der Juliette wieder darauf, Ihnen und euch eine Fülle an interessanten Artikeln präsentieren zu dürfen. Da wäre etwa ein Artikel über die politische Unabhängigkeit der EZB und wieso diese so wichtig ist – relevanter denn je. Wer sich eher für Bundespolitik interessiert, hat die Möglichkeit, mehr über das Steuerkonzept der FDP-Bundestagsfraktion zu erfahren. Zudem hält gerade in der Finanzwelt die digitale Revolution massiven Einzug. Beispielsweise möchte Facebook in Zukunft die eigene Währung „Libra“ anbieten, ein Vorhaben von weltweiter Bedeutung. Auch hierzu gibt es einen Artikel.

Und es gibt noch so viele andere Themen, über die man sprechen müsste. Gerade erst endete die Amtszeit von Mario Draghi als Präsident der EZB. Während seiner Zeit im Amt leistete er viele gute Beiträge zur Europäischen Währungsunion. Auf dem Höhepunkt der Eurokrise sorgte Draghi für eine Beruhigung auf den Finanzmärkten, indem er versicherte, im Notfall auch Staatsanleihen von der EZB kaufen zu lassen. Doch gerade in den letzten Jahren geriet er zunehmend für seine Niedrigzinspolitik in die Kritik, denn gerade Banken und Sparer machen die Zinsen zu schaffen. Auch heute ist diese Art der Zinspolitik weiter umstritten. Christine Lagarde, seine Nachfolgerin, möchte diese wohl vorerst nicht beenden.

Doch auch abseits der Finanzwelt haben wir einiges zu berichten. So fand seit der letzten Ausgabe beispielsweise der 59. Bundeskongress der Jungen Liberalen statt. Seitdem haben wir mit Alena Trauschel wieder eine Vertreterin im Bundesvorstand. Außerdem waren einige JuLis in Kooperation mit der Bundeswehr in Genf – eine Reise, die sich gelohnt hat. Was dort alles passiert ist, erfahrt ihr in den jeweiligen Berichten.

In diesem Sinne wünsche ich allen Leserinnen und Lesern eine spannende Lektüre.

Foto: Marvin Ruder

Valentin Gölz ist Beisitzer für Publikationen und Chefredakteur der Juliette.

IN DIESER AUSGABE

IMPULSE

05 Die EZB – Wieso politische Unabhängigkeit so wichtig ist
Hieronymus Eichengrün

09 Über die aktuelle Lage der deutschen Staatsverschuldung
Otto Fricke MdB

10 Digitale Währung Libra – die Revolution des Geldes?
Moritz Otto

11 Zeit ist Geld – ein Reminder für deinen Wohlstand
Pascal Schejnoha

12 Deutsches Bankensystem im Wandel – Wohin geht der Weg?
Nikolai Ditzenbach

14 Aktien sind doch eh nur was für Alte
Julius Zeithammer

16 Easy Tax – Steuer digital, einfach und komfortabel
Dr. Florian Toncar MdB

IMPRESSIONEN

18 Kommunalpolitik
Maximilian Reinhardt

20 Bericht vom 59. Bundeskongress der JuLis in Oldenburg
Robert Meldt

21 JuLis travel to Genf – ein liberaler Ausflug in die Schweiz
Nemir Ali

IMPRESSUM

Redaktion, Gestaltung und Satz
Valentin Gölz

Verantwortlich i.S.d.P.
Valentin Gölz

Herausgeber
Junge Liberale Baden-Württemberg e.V.
Valentin Gölz
Rosensteinstraße 22
70191 Stuttgart
www.julis-bw.de

Disclaimer
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Verbandes oder der Redaktion wieder. Satzfehler und Irrtümer vorbehalten. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt zugesandtes Material.

Bildrechte
Stockphotos von www.pexels.com.
Die Fotografen sind auf den jeweiligen Bildern vermerkt.
Alle verbleibenden Bilder sind von den Autoren selbst aufgenommen.

Die EZB – Wieso politische Unabhängigkeit so wichtig ist

Manchmal kann man sich ja von der Schnelllebigkeit des deutschen Nachrichtenzyklus doch etwas überfordert fühlen. Kaum ein Thema kann sich neben den beiden thematischen Giganten Klima und Migration länger als ein paar Wochen halten, um dann auf Nimmerwiedersehen zu verschwinden. Da ist es ja fast Balsam für die von der Nachrichtenvolatilität geplagte deutsche Volksseele, dass es ein Thema gibt, das mit der Zuverlässigkeit einer Schwarzwälder Kuckucksuhr regelmäßig wieder den Sprung in die Schlagzeile schafft: Die EZB-Schelte. Angebliche Sparerenteignung, unverantwortliche Geldschwemme, gezielte Zerstörung der deutschen Wirtschaft. Kaum ein Vorwurf bleibt der EZB und vor allem Mario Draghi, ihrem scheidenden Präsidenten, erspart. Die Bild-Zeitung bildete ihn sogar auf ihrer Titelseite als Vampir ab, der uns buchstäblich das Geld aussaugen würde. Nun, man könnte das als klickgenerierendes Aufregermaterial der Zeitungen abtun und das altbekannte populistische Heulen der sowieso europafeindlichen AfD zu diesem Thema einfach ignorieren. Aber leider ist der EZB-Bashing-Reflex nicht auf diese Akteure beschränkt. Politiker der Union und der FDP sind oft die ersten, die Entscheidungen der unabhängigen EZB kritisieren, und zu wissen meinen, was genau in der Geldpolitik zu machen sei. Und das ist ein echtes Problem.

Zum einen ist es fast schon surreal, wenn Politiker, die selbst meist nicht aus dem Feld kommen, meinen, sie hätten Geldpolitik besser verstanden als Wissenschaftler, die seit Jahrzehnten zu diesem Thema forschen. Man stelle sich vor, Kevin Kühnert ginge in ein Kernkraftwerk und würde den Ingenieuren dort erklären, wie sie den Reaktor zu bedienen hätten. Genauso verhält es sich mit den Forderungen von empörten Politikern an die europäische Zentralbank. Denn Geldtheorie gehört nicht nur zu den komplexesten Teilgebieten der Ökonomie, die Planung und Durchführung von geldpolitischen Operationen erfordert auch extrem weitreichendes Fachwissen und jahrelange Erfahrung.

Nun gut, könnte man sagen, Politiker lassen sich regelmäßig über Themen aus, von denen sie augenscheinlich keine Ahnung haben. Der oben erwähnte Kevin Kühnert ist dafür ein Paradebeispiel. Warum soll jetzt beim Thema Geldpolitik ein anderer Standard gelten? Der fundamentale Unterschied zu anderen Politikfeldern ist ganz einfach, dass Geldpolitik, und die EZB als ihr ausführendes Organ, qua der europäischen Verträge unabhängig von politischer Einflussnahme ist. Die EZB kann so operieren, wie sie es für richtig erachtet, solange sie ihre internen Entscheidungsmechanismen einhält und innerhalb ihres Mandats bleibt. Zu entscheiden, ob diese Voraussetzungen erfüllt sind oder nicht, liegt nicht im Ermessenspielraum von Parlamenten, sondern muss im Zweifelsfall von den Verfassungsgerichten geklärt werden. Die Politik kann bloß durch die Nominierung und Ernennung von Kandidaten für

entsprechende Posten innerhalb der EZB oder ihres nationalen Zentralbanksystems indirekt Einfluss auf die Geldpolitik nehmen. Aber auch hier war es lange gute Tradition, eher auf Fachkompetenz als auf Zugehörigkeit zu einem bestimmten politischen Lager zu achten.

Aber warum geben wir die Kontrolle über so ein wichtiges Politikfeld komplett aus der Hand unserer Volksvertreter? Warum sind Zentralbanken unabhängig? Wie die meisten Leser wahrscheinlich wissen, haben wir in Deutschland und Europa, wie fast überall auf der Welt, ein Fiat-Geldsystem. Das heißt, für das Geld, mit dem wir handeln, ist kein realer Wert hinterlegt. Nirgendwo kann man einen Euro garantiert gegen eine bestimmte Menge Gold, Silber oder meinetwegen Gummibärchen eintauschen. Das System funktioniert allein durch das Vertrauen der Bürger in den Staat. Und es ist ein verhältnismäßig gutes System. Mit dieser Art von Geldwirtschaft kann konjunkturellen Schocks effektiv entgegengewirkt werden, sind Zahlungsbilanzprobleme in modernen Industrienationen Geschichte und ist eine recht genaue Steuerung der Inflation möglich. Also ein perfektes System? Nicht ganz, denn dadurch, dass dem Geld der intrinsische Wert fehlt, kann unendlich viel davon erschaffen werden, ob jetzt physisch oder digital. Das ist grundsätzlich kein Problem solange diese Eigenschaft nicht missbraucht wird. Aber dadurch entsteht leider auch ein Anreiz für Regierungen, Staatsausgaben über das Erschaffen von Geld zu finanzieren, anstatt unpopuläre Maßnahmen wie Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen zu ergreifen. Die Regierung weist also die Zentralbank an, Geld zu drucken, um damit zum Beispiel Staatsanleihen zu kaufen. Die Geldmenge steigt, natürlicherweise steigt ebenso die Inflation. Im schlimmsten Fall kann es zu einer Hyperinflation kommen, wie man sie etwa momentan in Venezuela

beobachten kann, wo ein Bolivar, die lokale Währung am Ende des Jahres 2018 nur noch ein achthundertstel seiner Kaufkraft zu Jahresbeginn 2018 hatte. Das heißt von dem Geld von dem ich mir in Venezuela im Januar 800 Brote kaufen konnte, konnte ich mir im Dezember nur noch ein Brot kaufen. Man muss kein Wirtschafswissenschaftler sein, um zu erkennen, dass so eine Volkswirtschaft zum Erliegen kommt.

Und genau deshalb gibt es die Brandmauer der Zentralbankunabhängigkeit. Wenn Politiker keinen Einfluss auf die Geldpolitik haben, entsteht auch nicht der Fehlanreiz durch Gelddrucken kurzfristig den Staatshaushalt zu finanzieren. So kann man bürger- und wirtschaftsschädliche übermäßige Inflation verhindern. Für dieses Prinzip haben wir Liberale lange und hart gekämpft, es ist ein Grundbaustein des ordoliberalen Systems. Wenn jetzt Politiker der demokratischen Mitte, unter ihnen leider auch FDP-Abgeordnete, anfangen, dieses System in Frage zu stellen und offen einen Kurswechsel der EZB fordern, ist das hochriskant. Denn wenn man einmal beginnt, das Prinzip der Unabhängigkeit der Zentralbank infrage zu stellen, besteht immer die Gefahr, dass der dahingehende Konsens verlorengeht und Geldpolitik wieder von Regierungen gemacht wird. Was dann passieren könnte, möchte man sich gar nicht ausmalen. In linken Kreisen kursiert schon lange die Idee, durch expansive Geldpolitik Vermögen umzuverteilen, ein Verfechter davon ist zum Beispiel Jeremy Corbyn, der Vorsitzende der britischen Labour Partei. Die Grünen in den USA fordern, den Kampf gegen den Klimawandel durch das Drucken von Geld zu finanzieren. Wenn man als Liberaler, wenn auch aus anderen Gründen, an der Zentralbankunabhängigkeit sägt, dann öffnet man dadurch Tür und Tor für solche Experimente. Und das kann nicht unser Ziel sein.

Unseren Abgeordneten würde es deshalb gut zu Gesicht stehen, geldpolitische Entscheidungen unkommentiert zu lassen und nicht im Einklang mit der AfD und Markus Söder populistische Sprüche zu klopfen. Das muss nicht heißen, dass wir als Partei nicht berechtigte Zweifel daran haben können, ob die Politik der EZB noch von ihrem Mandat gedeckt ist. Aber dann muss man den Rechtsweg beschreiten und entsprechende Urteile, wie das Urteil des EuGHs aus dem Jahr 2018, das die Politik der EZB als mandatskonform einstuft, akzeptieren. Es ist jetzt an uns JuLis, aktiv auf die FDP und ihrer Mandatsträger einzuwirken, die Unabhängigkeit der Zentralbank zu akzeptieren und Wertungen der EZB-Politik zu unterlassen. Solche Diskussionen gehören in Vorlesungssäle und eben nicht in Parlamente.

Foto: Marvin Ruder

Hieronymus Eichengrün ist Leiter des Landesarbeitskreises Europa, Außen & Verteidigung.

Über die aktuelle Lage der deutschen Staatsverschuldung

Otto Fricke ist haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Für die Juliette hat er einen Artikel über die Verschuldung Deutschlands, Zinsen und Generationengerechtigkeit geschrieben.

Unternehmerinnen wie Privatpersonen würden sich über die aktuellen Zinssätze, für die der Bund Geld aufnehmen kann, freuen. Zu Recht, denn mit ihnen könnten sie sinnvolle Investitionen finanzieren, deren Früchte ernten, und am Ende mit dem Schuldenmachen auch noch Geld verdienen.

Politisch ist es jedoch problematisch, Investitionen durch Schulden zu finanzieren. Schulden, die der Bund jetzt billig aufnimmt, müsste er schnell wieder abbauen oder aber in Zukunft teuer bezahlen. Denn zahlt der Staat seine Schulden nicht zurück, müssen nach Ablauf der Kreditlaufzeit neue Schulden aufgenommen werden, um die alten Kredite ablösen zu können, wenn sie fällig werden.

Hierbei gibt es eine große Unbekannte: Die in Zukunft fälligen Zinsen. Denn es ist höchst gefährlich, damit zu rechnen, dass die Zinsen auch in zwanzig oder dreißig Jahren noch so niedrig sind wie heute. Spätestens, wenn die Zinsen spürbar steigen, werden die billigen Schulden von heute die teure Belastung von morgen. Die meisten schuldenfinanzierten Investitionen haben ihren Wert bis dahin schon wieder verloren.

Wollte der Bund also Schulden aufnehmen, müsste man darauf vertrauen, dass sie schnell wieder abgebaut werden. Das war jedoch in der Geschichte der Bundesrepublik nahezu nie der Fall. Nur in neun der letzten 70 Jahre hat der Bund bestehende Schulden abgebaut. Und schaut man sich nur die Zeit vor den aktuellen Niedrigzinsen an, sind es nur noch vier der dann 60 Jahre.

Auch in den vergangenen fetten Jahren, in denen es ungewöhnlich hohe Steuereinnahmen gab, hat der Bund seine Schulden nur scheinbar abgebaut. Denn die zuletzt erzielten Überschüsse, die es laut schwarzer Null ja theoretisch gar nicht gab, wurden als Kreditermächtigungen in die Asyl- und Flüchtlingsrücklage verbucht, um ab 2019 ausgegeben werden zu

können. Ein haushaltspolitischer Kunstgriff, mit dem Ziel, die im Haushaltsgesetz vorgesehene automatische Tilgungsverpflichtung zu umgehen. Altschulden wurden nicht getilgt. Stattdessen sparte sich die Bundesregierung die in vergangenen Jahren nicht in Anspruch genommene Erlaubnis, Schulden aufzunehmen, für die Zukunft auf, um dann – wie in diesem Jahr – angeblich eine schwarze Null vorlegen zu können. Tatsächlich müssen im Bundeshaushalt für 2020 jedoch fast zehn Milliarden Euro mit Mitteln aus der Rücklage finanziert werden. Hierdurch steigt der absolute Schuldenstand des Bundes schon jetzt wieder an. Getilgt wurde, trotz aller Überschüsse, am Ende nichts. Klug investiert aber leider auch nicht.

Genau aus diesem Grund wurde vor zehn Jahren die Schuldenbremse eingeführt. Sie soll verhindern, dass mit immer neuen Schulden neue Projekte finanziert werden. Denn mit den Schulden ist es ein wenig wie mit Lakritz während einer Diät: Kauft man nur wenig, ist es schnell weg. Kauft man mehr, isst man mehr. Sein Gewicht hält man jedoch nur, wenn man erst gar keins kauft. Selbstdisziplin wäre lobenswert, ist meist aber unrealistisch. Das gilt genauso bei Politikern – übrigens aller Parteien, auch der FDP –, die mit übermäßigen, meist schuldenfinanzierten Versprechungen gerne Wähler gewinnen. So verlockend es also ist, weder die Schuldenbremse noch die Lakritzbremse sollten aufgelockert oder abgeschafft werden.

Manche werden da einwenden, wir müssten aber doch in die Zukunft investieren. Da haben sie natürlich recht. Sinnvolle Investitionen sind dringend nötig. Von der Bekämpfung des Klimawandels bis hin zur Entwicklung künstlicher Intelligenz sind kluge Investitionen wichtig, um Deutschland zukunftsfähig zu machen. Finanzieren ließen sich diese jedoch auch ganz ohne Schulden — wenn man denn politisch will.

Lösen wir unsere Probleme jedoch mithilfe von Krediten, verbrauchen wir heute das Geld unserer Kinder und Enkel, mit dem diese morgen die Herausforderungen ihrer Zukunft angehen müssten. Sie könnten ersticken unter der Zinslast, die wir ihnen aufbürden. Jetzt Schulden zu machen, das wäre möglicherweise ökonomisch klug, aber ganz sicher politisch unverantwortlich. Denn auch in 15 Jahren werden zu viele Politiker lieber ihre Prestigeprojekte finanzieren wollen, als Bestandsschulden zu tilgen. Die Schulden werden also bleiben, die Zinslast aber wird steigen.

Otto Fricke MdB ist haushaltspolitischer Sprecher der FDP und Landesschatzmeister der FDP NRW.

Digitale Währung Libra – die Revolution des Geldes?

Bereits 2020 möchte Facebook mit seiner eigenen Kryptowährung Libra an den Start gehen. Wie der Bitcoin basiert auch Libra auf der Blockchain-Technologie, weist allerdings einen wesentlich geringeren operativen Energieverbrauch auf und ist an wichtige Realwährungen wie den Dollar gekoppelt. Dies soll dem Risiko der hohen Volatilität entgegenwirken und das Vertrauen möglicher Nutzer und Investoren stärken.

Die Reaktionen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik fallen bislang durchwachsen aus. Die Finanzminister der G7 sehen erhebliche Gefahren für die Finanzmarktstabilität und befürchten eine weitere Zunahme des nicht demokratisch legitimierten Einflusses großer Konzerne. Befürworter argumentieren hingegen, eine digitale Währung vereinfache die Geschäfte mit Entwicklungsländern und Oppositionellen in autoritär regierten Staaten und leiste dadurch einen Beitrag zur Demokratisierung und Entwicklung dieser Länder. Auch Bundesbankpräsident Weidmann sieht Chancen durch schnellere und günstigere grenzüberschreitende Überweisungen.

Die Argumente von Kritikern wie Befürwortern zeigen, dass staatlich gesetzte Rahmenbedingungen für den Handel mit digitalen Währungen dringend nötig sind. Dabei ist zu klären, wie sich Persönlichkeitsrechte schützen lassen und welche Möglichkeiten bestehen, um bestimmte Leerverkäufe zu unterbinden und den Hochfrequenzhandel zu regulieren. Die Möglichkeiten staatlicher Regulierung waren inzwischen auch Gegenstand umfangreicher wissenschaftlicher Untersuchungen. Obwohl der Markt aufgrund der Notwendigkeit eines nationalen Bankkontos und des dadurch erschwerten Marktzugangs noch relativ stark segmentiert ist, ist mit zunehmender Marktentwicklung davon auszugehen, dass rein nationale Vorschriften nicht die gewünschten Effekte erzielen und international tätige Banken und Fonds ihre Aktivitäten in weniger stark regulierte Märkte verlagern würden.

Auch wenn Facebook tatsächlich eine Revolution des Geldes gelingt und wir unsere Steuern irgendwann in Libra zahlen können, wird es das Bargeld nicht ersetzen können. Denn die Möglichkeit, ohne die Kenntnisnahme Dritter bar zu bezahlen, ist und bleibt Ausdruck der Souveränität des Bürgers und seiner Freiheit.

Moritz Otto ist Beisitzer für Finanzen im Landesvorstand und promoviert aktuell in stochastischer Geometrie am KIT.

Zeit ist Geld – ein Reminder für deinen Wohlstand

Hast du dich schon mal mit deiner Altersvorsorge beschäftigt?

Das ist eine der klassischen Bankberater-Fragen, die man in den Jahren nach seinem Schulabschluss gerne mal auf die lange Bank schiebt. Und ohne mein duales Bankstudium würde ich heute wahrscheinlich auch anders über Geld und Altersvorsorge denken. Aber sollte es nicht unser Ziel sein, eine solide finanzielle Bildung zu haben, ohne dafür im Finanzsektor arbeiten zu müssen?

Da die Europäische Zentralbank auf absehbare Zeit das Zinsniveau nicht wieder anheben wird, ist der Kapitalmarkt für unsere Generation eine der wenigen sinnvollen Alternativen zum Sparbuch. Ohne private Vorsorge werden es viele von uns schwer haben, ihren Lebensstandard im Rentenalter zu halten.

Je früher dir das klar ist, umso besser stehen deine Chancen auf ein hohes Vermögen im Alter. Warum das so ist, möchte ich dir anhand eines kurzen Beispiels zeigen:

Stell dir vor, du investierst ab heute für die nächsten 40 Jahre monatlich 50 Euro in Aktien. Die jährliche Rendite liegt bei 7%, im globalen Aktienmarkt ein gängiger Durchschnitt. Nach 40 Jahren hast du 24.000 Euro investiert, bekommst aber durch den Zinseszins-Effekt knapp 120.000 Euro heraus. Fängst du erst 10 Jahre später mit der gleichen Methode an und investierst zu Beginn einmalig 6.000 Euro (also die Summe, die du in den ersten 10 Jahren bereits eingezahlt hättest), ist dein Endkapital vor Steuern rund 12.000 Euro geringer.

Ich hoffe, durch mein Beispiel ist klargeworden, dass der Faktor Zeit bei der Altersvorsorge nicht unterschätzt werden sollte. 50 Euro jeden Monat zu konsumieren geht ziemlich schnell, das weißt du sicher genauso gut wie ich. Wenn du den gleichen Betrag jedoch konsequent und langfristig investierst, wird sich dein älteres Ich tausendfach für deine Disziplin bedanken.

Darum mein Appell: Informiere dich, handle eigenverantwortlich und fang einfach an!

Foto: Marvin Ruder

Pascal Schejnoha ist Mitglied im Landesvorstand und hat dual Bankbetriebslehre an der DHBW Mosbach studiert.

Deutsches Bankensystem im Wandel – Wohin geht der Weg?

Seit Jahrzehnten ist das deutsche Bankensystem geprägt vom Konkurrenzkampf der Sparkassen und Volksbanken. Was lange als undenkbar galt wird 2019 Realität. Die Frankfurter Volksbank und die Taunus-Sparkasse legen zahlreiche Filialen zusammen. Doch dies ist keinesfalls eine Überraschung, sondern die Fortsetzung des Trends der letzten Jahre. Gab es im Jahr 1990 in Deutschland noch rund 4.700 Kreditinstitute, gibt es Stand 2018 noch rund 1.800 (Quelle: Deutsche Bundesbank). Die Tendenz ist weiter fallend. Ertragseinbrüche aufgrund der Niedrigzinspolitik der EZB, der immer höheren regulatorischen Anforderungen und der zunehmenden Konkurrenz durch Online-Banken wie N26 sorgen für einen starken Kostendruck bei den Kreditinstituten. Als Folgen daraus befinden wir uns aktuell in einem Zeitalter der Filialschließungen und Bankfusionen. Selbst eine Fusion zwischen Commerzbank und Deutsche Bank scheint mittlerweile nicht mehr ausgeschlossen.

Das deutsche Bankensystem steht vor großen Veränderungen. Die Filiale vor Ort mit persönlichem Bankberater gehört wohl schon bald der Vergangenheit an. Schon heute geht die Tendenz immer stärker in Richtung zentralisierter Beratung. Digitale Konzepte wie die Videoberatung über die „VR-SISY“ ermöglichen dies zugleich mit einer regionalen Abdeckung. Eine Rettung der Filialen ist die „VR-SISY“ jedoch nicht. Der Prozess der Filialschließungen wird damit lediglich abgebremst.

Eine Ursache für diese Entwicklung ist die geringe Nutzung der Filialen vor Ort. Dabei ist diese Situation durchaus auch ein durch die Banken selbst verursachtes Problem, denn wer nutzt eine Bankfiliale, wenn er zeitgleich arbeiten muss? Wo ein Einzelhändler seine Öffnungszeiten dem Kunden anpasst um Filialen rentabel zu halten, zeigt sich die Bankenbranche unflexibel. Man möchte meinen, dass die Kreditinstitute gar kein Interesse daran haben die Filialstruktur überleben zu lassen. Problematisch dabei ist, dass der Vorteil einer örtlichen Volksbank oder Sparkasse gegenüber einem überregionalen Kreditinstitut aufgrund der Filialschließungen für viele Kunden nicht mehr zu erkennen ist. Mit der zunehmenden Tendenz zum Online-Banking wird dann auch nebensächlich, welches Kreditinstitut der Anbieter ist. Die Kostenvorteile großer Kreditinstitute im Bereich der Gebühren- und Zinsgestaltung erschweren im nächsten Schritt die Konkurrenzfähigkeit kleiner Institute. Dem stimmt auch Isabel Schnabel, Professorin für Finanzökonomie und Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, zu. Zwar hat sich ihrer Meinung nach das kleinteilige Bankensystem Deutschlands in der Finanzkrise als Stärke erwiesen, jedoch sei durch die immer höheren Fixkosten im Bankgeschäft eine Entwicklung eingetreten, die es kleineren Instituten unmöglich macht, wirtschaftlich betrieben zu werden.

Doch heißt das, dass uns bald eine Revolution unseres deutschen Bankensystems bevorsteht? Ist das 3-Säulen-System bestehend aus öffentlich-rechtlichen, genossenschaftlichen und privatrechtlichen Banken noch zeitgemäß?

Die Antworten darauf können nicht allumfassend gegeben werden. Die Entwicklung hin zu immer mehr Filialschließungen und Fusionen wird jedoch über kurz oder lang kaum aufzuhalten sein. Laut dem Bankenreport 2030 der internationalen Strategieberatung Oliver Wyman wird sich die Anzahl der Kreditinstitute auf nur noch 150-300 im Jahr 2030 reduzieren. Im Zuge dieser Entwicklung wird prognostiziert, dass sich mit FinTechs, Auslandsbanken, Marktinfrastrukturanbietern und internationalen Technologieunternehmen eine vierte Säule im deutschen Bankensektor etablieren wird. Nach Oliver Wyman lassen sich zwei Zukunftsszenarien erwarten. Im ersten Szenario werden bestehende Strukturen durch Kooperationen, erweiterte Geschäftsmodelle und Digitalisierungsinitiativen ergänzt. Das zweite Szenario lässt gegenwärtige Strukturen aufgrund der Adaption neuer Systeme und Prozesse in Verbindung mit der Geschwindigkeit der Entwicklung neuer digitaler Technologien obsolet werden. Eine entscheidende Rolle spielt in beiden Szenarien, dass eine immer stärkere Modularisierung der Produkte und Dienstleistungen stattfindet. So müssen diese nicht mehr zwangsläufig von einem Anbieter kommen, sondern werden vermehrt als Konglomerat verschiedener Finanzdienstleister angeboten. Um auf beide Szenarien vorbereitet zu sein, müssen Kreditinstitute nicht nur ihre Innovationsfähigkeit verbessern, sondern auch bereit sein, sich an die neuen Gegebenheiten anzupassen. So könnten laut einer Studie des Weltwirtschaftsforums in naher Zukunft etwa 70 Prozent der Beschäftigten im Bereich Finanzdienstleistungen, Rechnungswesen und Buchhaltung überflüssig werden. Experten des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung stoßen in eine ähnliche Kerbe. Nach ihnen werden 39 Prozent der Stellen für Bankfachleute in naher Zukunft unnötig. Der These, dass diese Stellen allesamt wegfallen, widerspricht Jochen Werne, KI-Experte des Bankhauses August Lenz. Laut ihm werden die dadurch freigewordenen Bankmitarbeiter stattdessen zukünftig wieder vermehrt in der Kundenberatung eingesetzt. Ob dies dann auch tatsächlich so kommen wird bleibt allerdings fraglich. Schließlich erscheint es doch etwas abwegig, dass die Entwicklung der KI ausgerechnet vor der Kundenberatung haltmachen soll und dort sogar mehr Arbeitsplätze entstehen lässt.

Wohin der Weg des deutschen Bankensystems genau hingeht, bleibt ungewiss. Fest steht jedoch, dass uns in den nächsten Jahren zahlreiche Veränderungen bevorstehen.

Nikolai Ditzenbach ist Student der Bankbetriebswirtschaftslehre und Mitglied im Kreisvorstand der JuLis Karlsruhe.

Aktien sind doch eh nur was für Alte

Brauhaus Schönbuch. Erster Dienstag im Monat. Es ist wieder Stammtischzeit bei den Jungen Liberalen Stuttgart. Wie immer wird darüber diskutiert, ob die FDP eine Doppelspitze braucht, was Trump und Johnson gemeinsam haben, oder warum der Bundeskongress der Jungen Liberalen schon wieder im Norden stattfinden muss. Irgendwann, im Laufe des Abends, frage ich in die Runde, ob jemand daran denke, sein Geld an der Börse anzulegen. Großes Staunen. Einer murmelt „Aktien sind doch eh nur was für Alte“, ein Mädchen warnt „Ich will nicht schon mit 20 Pleite gehen“ und mein Gegenüber schimpft „ich habe längst den Überblick verloren – ist mir zu anstrengend“.

Damit an dieser Stelle der Überblick gewahrt wird, rolle ich das Ganze mal von hinten auf. Aktien sind im Moment leider wirklich etwas für Alte, denn ein Drittel aller Aktionäre sind laut den Aktionärszahlen des Deutschen Aktieninstituts über 60 Jahre alt – Tendenz steigend. Dagegen halten lediglich 11,1 % der 14 – 39 Jährigen Aktien. Vereinfacht gesagt: Je jünger die Menschen, desto weniger Aktionäre findet man. Genauso sieht es aus, wenn man sich die Daten aus der Perspektive des Haushaltsnettoeinkommens anschaut.

Je weniger die Menschen verdienen, desto eher scheuen sie die Aktienanlage, wobei man mit einem Aktiensparplan schon ab 25 € pro Monat anfangen kann zu investieren.

Dabei können Aktien und andere Wertpapiere gerade für junge Menschen äußerst lukrative Chancen bieten, langfristig Vermögen aufzubauen. Das Deutsche Aktieninstitut hält mit seinem DAX-Renditedreieck einen Beweis parat. Wer im Jahr 2002 Aktien kaufte und sie bis Ende 2017 hielt, erzielte (trotz Finanzkrise!) eine durchschnittliche jährliche Rendite von 10,5 %. Jedoch spielen dabei natürlich nicht unerhebliche Faktoren mit, zum Beispiel welche und wie viele Aktien man kauft. Grundsätzlich gilt aber: Je länger die Haltedauer, desto weniger Risiko.

Dass (junge) Menschen eher Risiken als Chancen sehen, liegt daran, dass seit Dotcom-Blase und der Finanzkrise 2008 ein irrtümliches Bild von Aktien gezeichnet wurde. Was viele nicht wissen: In Zeiten von Niedrigzinsen ist es eher ein Risiko, das Geld auf dem Konto zu parken, wo es durch Inflation an Wert verliert. Und was machen manche Politiker? Sie sprechen davon, dass Aktien nur etwas für Superreiche wären. Oder sie fordern die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die eher Kleinanleger belastet, als für Stabilität an den Finanzmärkten zu sorgen. Dabei können wir die Schere zwischen Arm und Reich nur durch (finanzielle) Bildung und einer Beteiligung der Bürger an der eigenen Wirtschaft verkleinern. Bildung ist das Startkapital, das jedem jungen Menschen in gleicher Höhe zur Verfügung gestellt werden muss.

Das Ziel muss es sein, jungen Menschen durch finanzielle Bildung vor Augen zu führen, wie sehr sie in Zeiten eines erodierenden Rentensystems selbst Verantwortung für eine liquide Zukunft übernehmen können.

Erfreulich ist zumindest, dass junge Menschen diese Verantwortung zunehmend wahrnehmen. In den letzten Jahren fiel es ihnen immer leichter, ihr Wissen über Finanzen zu bereichern. YouTuber wie „Aktien mit Kopf“ oder „Finanzfluss“ bauten den den 16 -25 Jährigen eine Brücke zu den Finanzmärkten. Eine Befragung der Bank Comdirect ergab, dass es eine Mehrheit junger Menschen es willkommen heißen würden, wenn es ein Schulfach „Finanzwesen“ gäbe.

Eine weitere frohe Botschaft ist, dass das Aktieninteresse der jüngeren Menschen seit 2014 um 3% gestiegen ist, auch wenn sich das beim Stammtisch der Jungen Liberalen Stuttgart noch nicht so anhört.

Julius Zeithammer ist Mitglied im Kreisvorstand der JuLis Stuttgart und zuständig für Neumitgliederbetreuung.

Easy Tax – Steuer digital, einfach und komfortabel

Wie wäre es, wenn es eine App gäbe, die eine so vollständige und korrekte Steuererklärung vorbereitet, dass man sie einfach nur noch bestätigen müsste? Nun, es gibt diese App – doch leider nicht bei uns, sondern nur in Ländern wie Schweden.

Die Digitalisierung in der deutschen Steuerverwaltung läuft merkwürdig einseitig. Zwar werden über ELSTER immer mehr elektronische Einkommensteuererklärungen abgegeben. Doch die Nutzung dieses Portals bedeutet längst nicht, dass der Steuerbescheid auch schnell zu Hause eintrifft. Ganz im Gegenteil; die Bearbeitung dauert in den Finanzämtern sogar immer länger. In Berlin, wo man zu den Schnellsten gehört, sind es im Durchschnitt 49, in Baden-Württemberg sind es sogar fast 57 Tage. Das liegt auch daran, dass das Finanzamt manchmal noch weitere Unterlagen und Belege anfordert und prüft. Zwar ist es seit einiger Zeit nicht mehr verpflichtend der Steuererklärung Belege grundsätzlich beizufügen. Doch mitunter kann sich gerade aus diesem Grund ein ermüdender und undurchsichtiger Papierkrieg entwickeln.

Das alles passt nicht mehr in die heutige Zeit. Die Digitalisierung muss den Bürgern dienen. Wir Freien Demokraten können es nicht akzeptieren, dass die Steuererklärung unterm Strich immer noch so funktioniert wie vor 20 Jahren. Wir sehen eine riesige Chance, die Steuererklärung für die Einkommenssteuer drastisch zu vereinfachen und den Bürokratieaufwand für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, aber auch für die Finanzverwaltung, massiv zu reduzieren. Die vorausgefüllte Steuererklärung, die es in Deutschland über „Mein ELSTER“ seit 2014 gibt, sollten wir daher zu einem umfassenden digitalen Service der Finanzverwaltung für den Steuerzahler ausbauen: Der Easy Tax.

Wie sollte die Easy Tax funktionieren? Unsere Steuerdaten müssen zusammengeführt werden. Das Finanzamt weiß bereits eine ganze Menge über uns. Im Rahmen der vorausgefüllten Steuererklärung werden bereits heute Daten berücksichtigt, die bei Behörden und anderen öffentlichen Stellen vorhanden sind und von diesen an die Finanzverwaltung gemeldet werden müssen. Dazu zählen Angaben über Lohnersatzleistungen, Renten und Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung.

Im Rahmen der vorausgefüllten Steuererklärung werden außerdem bereits Daten berücksichtigt, die von Dritten an die Finanzverwaltung gemeldet werden müssen, wie etwa die Lohnsteuerbescheinigungen des Arbeitgebers. Wir schlagen vor, dass auch alle weiteren steuerrelevanten Daten, die aufgrund gesetzlicher Vorschriften von Dritten an die Finanzverwaltung gemeldet werden müssen, künftig im Rahmen von Easy Tax automatisch Berücksichtigung finden.

Der Hauptaufwand für die Steuerpflichtigen bei der Erstellung ihrer

persönlichen Einkommensteuererklärung besteht jedoch in den meisten Fällen darin, Angaben über steuerrelevante Daten, die nicht an die Finanzverwaltung gemeldet werden müssen, sondern deren Einreichung im Rahmen der Steuererklärung freiwillig ist, von Hand beziehungsweise über Mein ELSTER in das Erklärungsformular einzutragen und die dafür erforderlichen Belege vorzuhalten, zu sortieren und dem richtigen Feld in der Einkommensteuererklärung zuzuordnen. Hier würde die Easy Tax ansetzen.

Wir wollen eine App für die Finanzverwaltung, über die der Bürger alle seine Belege und steuerpflichtigen Informationen hochladen und an sein Finanzamt übermitteln kann. Das betrifft zum Beispiel seine Handwerkerrechnungen oder Belege über Krankheitskosten. Warum nicht auch zum Beispiel Kontobuchungen über eine IT-Schnittstelle direkt in den „Easy Tax"-Speicher übertragen, um so zum Beispiel Unterhaltszahlungen, die Miete für eine dienstlich genutzte Zweitwohnung oder kleinere Spenden, für die keine Bescheinigung ausgestellt werden, automatisch zu erfassen?

Easy Tax sollte dabei auch automatisch erkennen, in welches Feld der Einkommensteuererklärung eine Angabe einzutragen ist, und dem Steuerpflichtigen sodann auf der Grundlage der vorliegenden Daten über die App eine Berechnung seines zu versteuerndes Einkommens und seiner Steuerlast vorlegen. Nach Erhalt der automatisierten Berechnung seiner Steuererklärung über die App soll der Bürger sie unmittelbar bestätigen oder die Angaben korrigieren und ergänzen können. Er bleibt für die inhaltliche Richtigkeit verantwortlich, insbesondere dafür, dass keine Angaben fehlen, zu denen er verpflichtet ist. Nach dem Absenden soll er innerhalb von 48 Stunden den Steuerbescheid erhalten. Easy Tax würde die Steuererklärung endlich digital, einfach und komfortabel machen, und den Bürgern das Geld zurückgeben, das sie zu viel bezahlt haben. Der Staat sollte nicht mehr Geld einnehmen, als ihm zusteht, weil jemand bei der Steuererklärung unter seinen Möglichkeiten geblieben ist.

Grundlage von Easy Tax ist die Freiwilligkeit: Niemand darf gezwungen werden, dieses System zu nutzen. Angaben, die nach unseren Steuergesetzen freiwillig sind, müssen freiwillig bleiben. Und natürlich müssen die Daten und der Zugang zu ihnen vor fremdem Zugriff geschützt werden.

Wenn es uns gelingt, mit Easy Tax ein solches System einzuführen, schaffen wir nicht nur praktische Vorteile für die einzelnen Steuerzahler. Wir erreichen auch, dass der Umgang mit den persönlichen Finanzen für viele Menschen einfacher und anschaulicher wird. Es wäre ein Schritt hin zum mündigen Bürger – und ein überfälliger Aufbruch ins 21. Jahrhundert für die Finanzverwaltung.

Foto: Inga Haar

Dr. Florian Toncar MdB ist finanzpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion.

Kommunalpolitik: Bericht eines Stadtrats aus Sindelfingen

3740 Stimmen, gewählt – als diese grün eingefärbten Worte am 26. Mai auf dem Bildschirm im Foyer des Sindelfinger Rathauses erschienen, war ich überglücklich: Ich wurde als zweitjüngster von 43 Stadträten in den Gemeinderat meiner Heimatstadt gewählt. Mit 14 Kandidaten im JuLi-Alter (von insgesamt 38) stellten wir die jüngste Gemeinderatsliste aller Parteien.

Mit dem zweitbesten FDP-Ergebnis der Nachkriegsgeschichte und einer Verdopplung der FDP-Mandate von 2 auf 4 Räte wurden wir für diesen Ansatz belohnt. Neben mir als JuLi-Stadtrat sind drei weitere JuLis als sachkundige Einwohner, also nicht-stimmberechtigte Mitglieder mit Rederecht, in den Ausschüssen des Gemeinderats tätig.

Kommunalparlamenten hängt der Ruf nach, Altherrengremien mit begrenztem Gestaltungswillen zu sein. Was bewegte meine 13 JuLi-Mitstreiter also dazu, kommunalpolitisch aktiv zu werden? Zur Beschäftigung mit Lokalpolitik kam ich, nachdem ich zuvor bereits in einigen Bürgerinitiativen und Vereinen in der Stadt engagiert war und zum Beispiel als Schüler bei der Gründung des Jugendgemeinderats in Sindelfingen mitwirkte. Der gute Kontakt mit unserem kommunalpolitischen „Urgestein“ und FDP-Landesvorstand Andreas Knapp tat sein Übriges: Beschwingt von seinen Erzählungen, wie er im Jahr 1980 als 20-jähriger in den Gemeinderat gewählt wurde, nahm ich sein Angebot an, an den Fraktionssitzungen der Ratsfraktion als Gast teilzunehmen. Dies tat ich über ein Jahr lang, ehe mich mein Ortsverband im März auf Listenplatz 2 zur Kommunalwahl aufstellte. Es folgte ein achtwöchiger Wahlkampf mit Infoständen, Plakaten, Podiumsdiskussionen, Hausbesuchen und viel Social-Media-Engagement, der letzten Endes von Erfolg gekrönt war.

Am 23. Juli ging die Arbeit dann richtig los – ich wurde vereidigt und gehöre damit offiziell dem Gemeinderat sowie dessen Ausschüssen für Bildung, Digitalisierung sowie für Jugend & Soziales an. In unserer vierköpfigen liberalen Fraktion bin ich zudem stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Mit dem Mandat einher gehen auch Aufgaben als Aufsichtsrat kommunaler Unternehmen, in meinem Fall der Stadtwerke Sindelfingen sowie als Beirat in Zweckverbänden wie dem ZV Kläranlage Böblingen-Sindelfingen. Bildung, Digitalisierung, Sozialpolitik und Energie – ein breit gefächerter Strauß an Aufgaben in völlig unterschiedlichen Themenfeldern. Während mir einige, wie die Jugend- und Sozialpolitik, schon aus der Vereinsarbeit in Sindelfingen geläufig waren, waren und sind andere Bereiche eine echte Herausforderung. Diskussionen über den Heizwert für Klärschlamm, Befristungen von Sozialarbeiterstellen oder Gewerbesteuerrückgänge führte ich bislang nirgendwo außerhalb des Gemeinderats.

Auch mein Alltag veränderte sich seitdem zumindest in Nuancen. So muss

man sich als Stadtrat darauf einstellen, um zwei Uhr nachts in der Stammkneipe von Wildfremden gefragt zu werden, ob man sich für oder gegen eine neue Fußgängerzone in der Innenstadt ausspricht. Es wird erwartet, zu nahezu jedem Thema, das die Bürgerinnen und Bürger betrifft, „sprechfähig“ zu sein, eine abgeschlossene Position zu haben – selbst, wenn sie im persönlichen Leben bislang keine Rolle gespielt haben. Die Erwartungshaltung, gewissermaßen Generalist für alles zu sein, ist fraglos herausfordernd, aber auch sehr spannend.

Oft werde ich nach dem zeitlichen und organisatorischen Commitment gefragt, welches mit der Ratsarbeit einhergeht. Pauschal ist das schwierig zu beantworten und hängt stark von der Komplexität und Intensität der Themen ab, die aktuell in Stadt und Rat an der Tagesordnung stehen. Der Gemeinderat tagt in der Regel zweimal im Monat im Plenum aller 43 Stadträte, die Sitzungsleitung hat der Oberbürgermeister inne.

Neben den Anträgen der Fraktionen und Mitglieder des Rats wird dort über Beschlussvorlagen der Verwaltung debattiert und beschieden. Ferner haben sowohl die anwesenden Bürger als auch die Stadträte die Möglichkeit, in einer Fragestunde die Verwaltung – vertreten durch den Oberbürgermeister, die Dezernenten und Amtsleiter – zu Themen ihrer Wahl zu befragen. Oft ist diese Fragestunde auch eine gute Gelegenheit, Herzensthemen öffentlichkeitswirksam vorzutragen, da Pressevertreter zuverlässig zugegen sind und über deren Inhalt berichten. Die Fachausschüsse des Gemeinderats tagen ungefähr ein Mal im Quartal, die Aufsichtsräte der kommunalen Unternehmen ebenso. Dazu kommen Veranstaltungen und Termine außerhalb der Gremienarbeit.

Mehrheiten organisieren, Anträge einbringen, engagiert debattieren – vieles kennt man von Landeskongressen der JuLis. Beeindruckt aber war ich von der Kollegialität und Kooperationsbereitschaft, mit der im Gemeinderat über die Fraktionen hinweg zusammengearbeitet wird. So konzeptioniert meine Fraktion derzeit mit Räten von CDU, SPD und Grünen in enger Abstimmung einen Antrag zur Einführung einer Park-App in Sindelfingen. Ferner ist bei aller Hitzigkeit und Kontroverse das Kriegsbeil außerhalb des Sitzungsaals nahezu stets begraben. Dies gestaltet die politische Kultur im Gemeinderat sehr angenehm. Zudem erlaubt es mir und den 17 weiteren „Neulingen“ im Gremium, uns schnell zurechtzufinden, und kann uns vielerorts auch innerverbandlich als Vorbild dienen.

Kurzum: Kommunalpolitik macht Spaß, erweitert den Horizont und gibt einem als junger Mensch unglaubliche Möglichkeiten, sein Umfeld mit klugen Entscheidungen zu gestalten, zu modernisieren und verbessern.

Maximilian Reinhardt ist Beisitzer im Landesvorstand sowie Stadtrat in Sindelfingen.

Bericht vom 59. Bundeskongress der JuLis in Oldenburg

Am 12. und 13. Oktober war es wieder so weit: Junge Liberale aus ganz Deutschland trafen sich ein Wochenende lang zu Wahlen, Debatten und Aktionen, diesmal in Oldenburg in Niedersachsen.

Nach der Rede der Bundesvorsitzenden Ria und einer glücklicherweise nicht allzu ausufernden Aussprache standen zunächst Nachwahlen auf dem Programm: Nach mehreren Rücktritten musste das Amt des Pressesprechers, des Programmatikers und drei Beisitzerposten neu besetzt werden. Mit Alena Trauschel als neuer Beisitzerin befindet sich seither auch wieder eine Baden-Württembergerin im Bundesvorstand.

Anschließend ging es an die inhaltliche Arbeit: Der Leitantrag zum Thema künstliche Intelligenz überzeugte die Delegierten überwiegend nicht und wurde frühzeitig an die Antragssteller zurückverwiesen. Auch der darauffolgende Antrag zur Flat Tax war nicht erfolgreich, er wurde nach einer stellenweise sehr hitzigen Debatte in der Schlussabstimmung abgelehnt, wenn auch mit einem knappen Ergebnis. Nach einem Antrag zum Verbot von Upskirting bestimmte die Außen- und Sicherheitspolitik den restlichen Kongresses thematisch: So debattierten und beschlossen wir Anträge zur Einstufung der Hisbollah als Terrororganisation, zur Bundeswehr, zum Einmarsch Erdogans in die kurdisch kontrollierten Gebiete Syriens sowie zur Unterstützung der Freiheits- und Demokratiebewegungen in Hongkong und Russland. Die JuLis Baden-Württemberg (bzw. einzelne Delegierte) waren in vielen Fällen (Mit-) Antragssteller und in den Debatten sehr engagiert. Passend zu dieser Thematik berichteten Aktivisten aus Russland und Hongkong sehr eindrücklich und emotional packend von ihrem Freiheitskampf.

Trotz dieser sehr ersten Themen kam natürlich auch das Feiern auf der traditionellen Buko-Party am Samstagabend nicht zu kurz. Zudem stand die Generalsekretärin der FDP, Linda Teuteberg, den JuLis am Sonntag Rede und Antwort zur aktuellen Lage der FDP.

Fazit: Wie üblich hat sich der Weg gelohnt, und ich kann jedem nur empfehlen, sich den 1. bis 3. Mai im kommenden Jahr schon mal rot im Kalender zu markieren: An diesem Wochenende findet in Berlin ein ganz besonderer Bundeskongress statt, auf dem die JuLis ihren 40. Geburtstag feiern!

Foto: Marvin Ruder

Robert Meldt ist Mitglied im Kreisverband der JuLis Stuttgart.

JuLis travel to Genf – ein liberaler Ausflug in die Schweiz

Montag, 7 Uhr am Bahnhof Heidelberg: Für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr kein Problem, so auch für die Mannheimer Jugendoffizierin Siobhán Whelan; für viele JuLis sicherlich etwas früh, aber genau der richtige Ort, um in ein Abenteuer aufzubrechen. Es geht in den Süden, über Karlsruhe und Freiburg zur Schweizer Grenze und dann weiter entlang den Ufern des Genfer Sees. Von dort lässt sich schon aus weiter Ferne die 140 m hohe Wasserfontäne unseres Ziels, Genf, erspähen. Genf wäre mit seinen knapp 200.000 Einwohnerinnen und Einwohnern eigentlich eine recht überschaubare Stadt, wären da nicht die unzähligen internationalen Organisationen, die sich dort niederließen, um die Vorzüge der schweizerischen Neutralität zu genießen. Das macht die Stadt natürlich zu einer Festschmaus für alle außenpolitisch begeisterten JuLis. Leider macht dies die Stadt in der ohnehin schon nicht allzu billigen Schweiz auch teuer. Deshalb gelangen wir nach einer achtstündigen Busfahrt erstmal ins französische Annemasse, wo sich unser Hotel für die kommenden fünf Tage befinden sollte.

Dienstagmorgen ging es dafür direkt nach Genf, zum Palais de Nations, dem europäischen Sitz der Vereinten Nationen und ehemaligen Sitz des Völkerbundes, der Vorgängerorganisation der UNO. Dort tagen unter anderem der Menschrechtsrat und der Abrüstungsausschuss der UN. Das Gebäude selbst entstand in den 30er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts und beeindruckt mit einer imposanten Säulenarchitektur und zahlreichen Kunstwerken unterschiedlicher Epochen und Kulturkreise. Außerdem verfügt es über einen hervorragenden und überdies preiswerten Kaffeeautomaten.

Vom Palais de Nations ging es sofort weiter zur Europäischen Organisation für Kernforschung, besser bekannt unter ihrer Abkürzung CERN. Die hat nicht nur eine sehr leckere und für Schweizer Verhältnisse günstige Mensa, sondern auch den größten Teilchenbeschleuniger der Welt. Der Large Hadron Collider (LHC) hat einen Umfang von 27 km und befindet sich zum einen Teil in der Schweiz, zum anderen in Frankreich. Dort werden Protonen und andere Teilchen auf nahezu Lichtgeschwindigkeit beschleunigt, um anschließend miteinander zu kollidieren. Dadurch soll der Zustand des Universums unmittelbar nach dem Urknall erforscht und nähere Erkenntnisse über dessen Zusammensetzung gewonnen werden.

Am Mittwoch ging es zum Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nation (UNHCR). Das UNHCR wurde 1950 ursprünglich für lediglich drei Jahre gegründet, um die Flüchtlinge und Vertriebenen des 2. Weltkriegs zu unterstützen. Doch es sollte auch danach zu Kriegen und Konflikten kommen, die unzählige Menschen zwangen, ihre Heimat zurückzulassen. Allein im Jahr 2015 waren über 57 Millionen Menschen auf der Flucht. Das UNHCR versorgt diese Menschen und bietet ihnen Obdach. Es unterstützt bei der Rückkehr in die

Foto: Marvin Ruder

Heimat, sofern es dort wieder sicher ist oder siedelt Flüchtlinge im Rahmen des Resettlements in aufnahmebereite Staaten um.

Mit (noch) 28 Mitgliedstaaten, einem nominalen BIP von ca. 17,5 Mrd. US-Dollar und 512 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ist die Europäische Union der größte Binnenmarkt der Welt. Doch in Europa gibt es noch eine weitere Freihandelszone, die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) und auch die hat – ihr ahnt es – ihren Sitz in Genf. Werfen wir also mal einen Blick auf die „Konkurrenz". Im Gegensatz zum pompösen Sitz der EU-Kommission in Brüssel, besteht das EFTA-Sekretariat in Genf nur aus einer Etage eines mehrstöckigen Gebäudes. Heutzutage hat die EFTA nur noch vier Mitglieder, Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz. Ehemalige Mitgliedstaaten wie Dänemark, Finnland, Österreich, Portugal und das Vereinigte Königreich sind mittlerweile der EU beigetreten. Drei der vier EFTA-Staaten – ausgenommen hat sich wie so häufig die Schweiz – bilden gemeinsam mit der EU den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Im EWR gelten wie auch in der EU die vier Grundfreiheiten, d.h. der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen. Dies wird durch eine enge regulatorische Bindung der EWR-Staaten an das Europarecht möglich. In vielen Politikbereichen müssen diese die Richtlinien und Verordnungen der EU übernehmen. Überwacht wird dies nicht von der EU, sondern von der EFTA selbst, die hierzu einen eigenen Gerichtshof errichtet hat.

Am Donnerstag ging es nach einem längeren Aufenthalt in der Genfer Innenstadt vorbei an den Kundgebungen der bolivarischen und iranischen Opposition vor dem UN-Hauptquartier zum Sitz des Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (ICRC). Das ICRC wurde 1863 vom Schweizer Geschäftsmann Henry Dunant gegründet, nachdem er als Zeuge der Schlacht von Solferino mitansehen musste, wie die zahlreichen Verwundeten der blutigen Schlacht keine oder nur eine völlig unzureichende medizinische Versorgung erhielten. Von Beginn an verpflichtete sich das ICRC zu politischer Neutralität. Allen Verletzten sollte geholfen werden, unabhängig davon, welcher Kriegspartei sie angehörten. Dadurch gelingt es dem ICRC, selbst in entlegene und schwer zugängliche Gebiete wie Nordkorea oder

vom Daesh kontrolliertes Territorium zu gelangen.

Das ICRC kümmert sich jedoch nicht nur um die Versorgung von Verwundeten in Konflikt- und Krisenregionen, sondern engagiert sich auch für die Einhaltung und Weiterentwicklung des Kriegsrechts. Dieses ist insbesondere in den Genfer Konventionen kodifiziert und reguliert die Art der Kriegsführung, indem es bestimmt, welche Personen und Objekte mit welchen Mitteln angegriffen werden dürfen und gleichzeitig bestimmte Personengruppen wie Verwundete und Nicht-Kombattanten (Zivilisten) und zivile Infrastrukturen schützt.

Am letzten Abend ging es schließlich ins Café de la Presse zu einem Treffen mit dem Kreisverband Genf der Jeunes Libéraux-Radicaux (deutsch: Jungfreisinnige). Die befanden sich zu diesem Zeitpunkt mitten im Nationalratswahlkampf – nicht nur für ihre Mutterpartei, FDP. Die Liberalen – sondern auch für sich selbst. Denn in der Schweiz sind die Jugendorganisationen der Parteien, selbst Parteien und stellen eigene Kandidaten auf. Stimmen, die der Jugendpartei nicht zu einem Mandat verhelfen, wandern dabei automatisch zur Mutterpartei.

Unter dem Genuss von Wein und Fondue gab es jedoch eine Frage, die uns besonders unter den Nägeln brannte: Wie halten es die Jungfreisinnigen eigentlich mit der EU und unserer Vision eines Europäischen Bundesstaates? Das lässt sich leider nicht eindeutig beantworten. Die Schweizer FDP wurde in der Vergangenheit für ihren eher proeuropäischen Kurs von den Wählerinnen und Wählern abgestraft und ist in der Folge deutlich zurückhaltender geworden. Viele Jungfreisinnige zeigen Sympathien für einen europäischeren Kurs, ohne jedoch die EU-Mitgliedschaft zu fordern. Überhaupt gibt es eine Sache, bei der die Schweizer kompromisslos bleiben: die berühmte Schweizer Neutralität wollen sie niemals aufgeben.

Hätte man mich vor der Reise nach Genf gefragt, wie ich selbst die Schweizer Neutralität beurteile, hätte ich nur auf die Vorteile für die Schweiz selbst verwiesen. Doch heute muss ich eingestehen, dass diese Neutralität und die damit verbundene Anerkennung eines liberalen westlichen Landes als unparteiischer und unabhängiger Mittler sowie als Sitz von neutralen Organisation wie dem ICRC, eine nicht zu unterschätzende, vielleicht sogar eine essentielle Ergänzung zu Staaten wie Deutschland und den USA ist, die klar Partei ergreifen (sollten), um Freiheit und Frieden in der Welt zu fördern.

Mit diesem persönlichen Fazit ging es für mich wie auch für viele weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer wieder in den Norden, zum 59. Bundeskongress der Jungen Liberalen nach Oldenburg.

Nemir Ali ist stellvertretender Landesvorsitzender für Programmatik der JuLis Niedersachsen.

Termine

30.11.2019 | Sitzung des erweiterten Landesvorstands

03. – 06.01.2020 | Praxisseminar 2020

05.01.2020 | 120. ordentlicher Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

06.01.2020 | Dreikönigskundgebung der FDP Baden-Württemberg

14. – 16.02.2020 | Liberales Hüttenwochenende der Jungen Liberalen Südbaden

13.03.2020 | 4. Female Future Forum in Berlin

01. – 03.05.2020 | 60. Bundeskongress der Jungen Liberalen in Berlin

DER LIBERALE PODCAST KOMMT!

Maximilian Reinhardt, Beisitzer im Landesvorstand

Pilotfolge: Der Krieg in Nordsyrien

Hieronymus Eichengrün, LAK-Leiter für Europa, Außen & Verteidigung

In der ersten Folge unseres neuen Podcasts spricht Maximilian Reinhardt gemeinsam mit unserem LAK-Leiter für Europa und Außenpolitik, Hieronymus Eichengrün, über den Krieg in Nordsyrien. Der Podcast wird erstmals im Dezember veröffentlicht und soll danach monatlich erscheinen. Weitere Informationen gibt es bald auf unserer Website www.julis-bw.de.